

Heute neu: Denken und Leben  
Seite 7

# Der gerade Weg

Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.

HERAUSGEBER DR. FRITZ GERLICH

NATURRECHTSVERLAG G. M. B. H. MÜNCHEN  
Schriftleitung und Verlag: München 2 M, Hofstatt 5, II. Stock.  
Postscheckkonto München Nr. 2426 · Telefon 93378/93379  
Sprechstunde der Redaktion Samstag von 10 bis 12 Uhr.

*Donnerstag*

Einzelverkauf: 20 Pf., 40 Oesterr. Gr., 30 Schw. Rappen  
Bezugspreis monatlich RM. 1.20 zuzüglich 20 Pf. Liefergebühr  
bzw. bei Zustellung durch die Post 32 Pf. Liefergebühr.  
Mit Unfall- und Sterbegeldversicherung

Nummer 7

München, 22. Januar 1933

5. Jahrgang

## Hitler Reichskanzler?

### Bericht über die Gefechtslage in Berlin

Seit Mittwoch abend, das heißt genauer, seit den Unterredungen Papen—Hitler—Hugenberg ist die Lösung der Regierungskrise Schleicher, in der wir uns tatsächlich befinden, bei folgender Kombination angelangt:

Der Reichslandbund hat unter Führung seiner beiden nationalsozialistischen Präsidialmitglieder Winndens und Sybel den deutschnationalen Parteiführer Hugenberg unter einen so starken Druck gesetzt, daß dieser, der bekanntlich ganz ähnlich wie Hitler ein Mann nur der eigenen Entscheidungen ist, sich bereitgefunden hat, die Idee der Harzburger Front erneut als Grundlage der neuen Regierungsbildung dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen. Das Ergebnis der letzten Verhandlungen in dieser Richtung ist der Vorschlag der Bildung einer Art „nationaler Konzentration“. Hitler wird Reichskanzler, Hugenberg Krisenminister, Freiherr von Gayl Innenminister, Papen Außenminister. Das Wehrministerium sollte dem Stahlhelm angeboten werden. Doch hat der nach Berlin berufene Selbste mit Rücksicht auf die ungünstige Stimmung zu diesen Plänen, die er offenbar in der breiten Masse voraussetzt, sich entschlossen, abzulehnen. Dafür hat Göring nichts unversucht gelassen, um das Reichswehrministerium für einen Mann der Hitlerpartei zu sichern. Mit Hilfe des dann Hitler—Hugenberg—Gayl und Papen unterstehenden staatlichen Apparates hofft man bei einer demnächst auszuführenden Neuwahl eine absolute Mehrheit der Nationalsozialistischen und der Deutschnationalen Partei im Reichstag zu erreichen. Sie soll durch Beschluß den Reichstag auf ein Jahr vertagen, so daß man von Aussprachen sowie von der Kontrolle des Reichstags befreit ist, ohne daß ein Staatsstreich notwendig war. Dem Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg hat man dieses Kabinett der sogenannten „nationalen Konzentration“ mit der Empfehlung vorgeschlagen, dadurch werde die in der letzten Zeit einsetzende sozialistische Richtung abgebogen. Herr von Hindenburg hat außerdem Garantien verlangt, daß auf diese Weise die Partei Hitler—Hugenberg die Mehrheit bekomme, weil dann die verfassungsmäßigen Grundlagen der in dieser Kombination vorgeesehenen Regierungsmaßnahmen gewährleistet seien. Diese Garantien sind angeboten worden. Im Laufe des Donnerstag abend jedoch haben sich die vom Reichspräsidenten unmittelbar ausgehenden Widerstände wieder verstärkt. Viel besprochen werden auch neue Kombinationen des Herrn von Papen, in denen das Zentrum eine wichtige Rolle spielt.

Die Bedenken des Herrn Reichspräsidenten gehen weniger auf die Person Hitlers, als auf die Sorge, die Wehrmacht des Reiches möchte auf diese Weise in die parteipolitische Kampflinie gezogen werden. Hugenberg trägt sich mit der Hoffnung, durch diese Ministerienverteilung die Gefahren zu bannen, die aus einer Reichskanzlerschaft Hitlers erwachsen können. Das Zentrum hat seine Bedenken gegen eine Reichskanzlerschaft Hitlers weitgehend fallen gelassen. Es möchte aber das parlamentarische Prinzip für Deutschland auf folgendem Wege retten: Der jetzige Reichstag soll sich selbst auf ein Jahr vertagen, indem er gleichzeitig der Reichsregierung durch Gesetz die Ermächtigung erteilt. Dadurch werde die parlamentarische Kontrolle der Reichsregierung wenigstens dem Prinzip nach aufrechterhalten. Schleicher hat dem gegenüber seine ganzen Hoffnungen auf die Einberufung des Kellstenerates und die von ihm durchzuführende Vertagung des Reichstages gesetzt. Denn seine Politik geht gegenüber diesem Plan darauf hinaus, Zeit zu gewinnen, um Stellungsgewinn auf die Kombination zu legen. Der Herr Reichspräsident ist aber mit dem Reichskanzler von Schleicher absolut unzufrieden.

\* \* \*

Die Durchführung der soeben gekennzeichneten Gedankengänge bedeutet für das deutsche Volk und Reich: Die parlamentarische Kontrolle einer solchen Regierung durch den Deutschen Reichstag ist nicht mehr prinzipiell, sondern graue Theorie. Geht den Fall, es gelingt auf dem angegebenen Wege eine absolute Mehrheit der Deutschnationalen und der Hitlerpartei im Reichstag herzustellen, so würde das eine absolute Mehrheit zweier Parteien bedeuten, die prinzipiell den Parlamentarismus ablehnen. Sie werden sich menschlicher Voraussicht nach in dem Augenblicke, wo sie im Besitz der absoluten Mehrheit sind, auch nicht scheuen, den Reichstag praktisch lahmzulagen, also auszuschalten. Geht aber den Fall, die Zentrumspartei käme mit ihrem Vorschlag der einjährigen Vertagung des jetzigen Reichstags zum Zuge, so würde auch das für ein Jahr lang eine Regierung von Männern bedeuten, die grundsätzlich antiparlamentarisch eingestellt sind. Ob nach Ablauf dieses Jahres eine Rückkehr zum Parlamentarismus noch möglich sein wird, bleibt dahingestellt. Die Wahrscheinlichkeit spricht für das Nein.

Wir haben in der vorigen Nummer unseres Blattes unseren Lesern darzulegen versucht, wie das Kabinett Schleicher ein solches des Mangels sachlicher Ziele und der persönlichen Behauptung eines Staatsmannes ist, dessen Regierung sich eigentlich schon von dem Tag an in einer Krise befand, wo er die Reichskanzlerschaft übernahm. Wir haben unseren Lesern ferner darzulegen versucht, daß sie mit einem täglichen Wechsel einschneidendster Stellungnahmen der in der Vorderbühne des politischen Kampfes in Deutschland tätigen Personen zu rechnen haben. Wir haben ihnen drittens zu zeigen versucht, wie sich der grundsätzliche Kampf der Gestaltung des deutschen Sozial- und Wirtschaftslebens immer mehr auf den Gegenatz: die sozialistische und die privatwirtschaftliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zuspitzt, wiegleich im politischen Kampf- und Intrigenspiel dieser Gegenatz gerade bei der Abfassungszeit des Aufsatzes der vorigen Nummer mehr Mittel dem Ziel geworden war.